

---

**Vorsitz: Armenien**

## **979. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 9. Juni 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.55 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Papikyan  
L. Grigoryan

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitz das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/31/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: REGIONALE SICHERHEITSABMACHUNGEN: DIE ORGANISATION DES VERTRAGS ÜBER KOLLEKTIVE SICHERHEIT (OVKS)

– *Vortrag von S. Zas, Generalsekretär der OVKS*

– *Vortrag von H. M. Schmid, Generalsekretärin der OSZE*

– *Vortrag von V. Biyagov, Botschafter, Ständiger Vertreter der Republik Armenien bei der OVKS*

– *Vortrag von I. Kovalchuk, stellvertretende Direktorin, Erste GUS-Abteilung, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation*

Vorsitz, S. Zas (FSC.DEL/228/21 OSCE+), Generalsekretärin (SEC.GAL/81/21 OSCE+), V. Biyagov (FSC.DEL/223/21), I. Kovalchuk (FSC.DEL/221/21), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und

EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/230/21), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 1), Belarus (FSC.DEL/222/21 OSCE+), Russische Föderation (Anhang 2), Tadschikistan (FSC.DEL/224/21 OSCE+), Kasachstan, Türkei (Anhang 3), Kirgisistan, Aserbaidshan (Anhang 4)

Zur Geschäftsordnung: Aserbaidshan (Anhang 5) (FSC.DEL/225/21), Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

*Die Lage in und um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/229/21 OSCE+), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/231/21), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich (Anhang 6), Kanada (Anhang 7)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Militärübung „Momentary Response 2021“ vom 17. bis 27. Juni 2021: Serbien (Anhang 8)*
- (b) *Zehnte jährliche Diskussion über die Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit 16. Juni 2021 über Videokonferenz: Vorsitz*
- (c) *Logistische Modalitäten der 980. Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des 731. Treffens der Arbeitsgruppe A, die am 23. Juni 2021 über Videokonferenz abgehalten werden: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 23. Juni 2021, um 10.00 Uhr über Videokonferenz

---

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Die Vereinigten Staaten möchten dem armenischen Vorsitz für die Abhaltung dieses Sicherheitsdialogs zum Thema „Regionale Sicherheitsabmachungen und die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)“ danken. Wir möchten auch den heutigen Rednerinnen und Rednern dafür danken, dass sie ihre Erkenntnisse mit uns geteilt haben.

Ohne jeden Zweifel kann ein starkes und koordiniertes Vorgehen regionaler Organisationen die Reaktionsfähigkeit, Flexibilität und Breite der Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die vielen Herausforderungen, mit denen die Teilnehmerstaaten der OSZE konfrontiert sind, stärken. Doch um dieses Potenzial zu nutzen, müssen regionale Organisationen die Interessen und den frei geäußerten souveränen Willen aller ihrer Mitglieder vertreten, nicht nur den Willen einiger weniger, und sie müssen im Einklang mit internationalen Verpflichtungen und OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen handeln.

Uns allen, die wir heute hier zusammengekommen sind, ist bewusst, dass die Herausforderung, bewaffnete Konflikte und grenzüberschreitende Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und wirksam darauf zu reagieren, die Möglichkeiten eines einzelnen Staates übersteigt; daher ist eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich. Darüber hinaus bekennt sich die OSZE zu einem umfassenden Sicherheitskonzept, wie es in den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki zum Ausdruck kommt, die die Beziehungen zwischen den Staaten leiten, einschließlich der Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten und der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Wir erinnern außerdem daran, dass die Gipfelerklärung der OSZE von Istanbul von 1999 auch eine Plattform für kooperative Sicherheit enthielt, in der sich die OSZE verpflichtete, mit jenen Organisationen und Institutionen zusammenzuarbeiten, deren Mitglieder sich einzeln und gemeinsam neben anderen internationalen Verpflichtungen an die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und die in der Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris, dem Dokument von Helsinki von 1992, dem Dokument von Budapest von 1994, dem OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und der Erklärung von Lissabon über ein gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im einundzwanzigsten Jahrhundert niedergelegten OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen halten.

Wenn wir eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und bestimmten regionalen Organisationen in Erwägung ziehen, muss unbedingt sichergestellt werden, dass dabei die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehalten und gestärkt und nicht untergraben und ausgehöhlt werden.

Wenn sich die Teilnehmerstaaten die Frage stellen, ob eine regionale Organisation es verdient, mit der OSZE zusammenzuwirken, müssen wir uns unter anderem fragen, ob erstens die Politik und die Handlungen der betreffenden Organisation die Ziele und Prinzipien der OSZE fördern; ob zweitens die Beschlussfassung der Organisation tatsächlich den frei ausgeübten souveränen Willen ihrer Mitgliedstaaten widerspiegelt; und ob drittens die Organisation die Fähigkeit besitzt, nicht nur schnell und wirksam auf regionale Krisen zu reagieren, sondern das auch in einer Weise zu tun, die mit den OSZE-Prinzipien und dem Völkerrecht vereinbar ist. Wir erwarten von einer regionalen Organisation, dass sie diesen Anforderungen genügt. Die OVKS muss sich als eine solche Organisation beweisen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.

---

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir, dem armenischen Vorsitz unseren Dank für die Organisation des heutigen Treffens und die Gelegenheit auszusprechen, eine Beurteilung der Aktivitäten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) aus erster Hand zu hören. Wir heißen den Generalsekretär der OVKS, Stanislaw Zas, die Generalsekretärin der OSZE, Helga Maria Schmid, den Ständigen Vertreter Armeniens bei der OVKS, Viktor Biyagow, und die stellvertretende Direktorin der Ersten GUS-Abteilung des russischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Irina Kovalchuk, herzlich willkommen, denen wir ebenfalls für ihre äußerst informativen Vorträge über die derzeitigen Aktivitäten der OVKS und über mögliche ausbaufähige Bereiche danken.

Russland schätzt es sehr, dass die Aktivitäten der OVKS im Programm des armenischen Vorsitizes berücksichtigt wurden und bereits zum dritten Mal in den letzten Jahren im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) erörtert werden. Das ist eine gute Gelegenheit, die geschätzten Teilnehmerstaaten der OSZE über die Aufgaben der OVKS zu informieren.

Im Laufe ihrer Geschichte hat die OVKS ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, zeitnah und angemessen auf die sich verändernde globale Lage zu reagieren. Inmitten einer recht komplexen Sicherheitslage haben die Mitgliedstaaten der OVKS überzeugende Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass die Organisation in der Lage ist, auf alle Versuche, den Frieden und die Stabilität in ihrem Verantwortungsbereich zu stören, eine selbstbewusste Antwort zu geben. Die Maßnahmen, die die OVKS ergreift, sind rein defensiver Natur und verhältnismäßig, gehen nicht über ihren Zuständigkeitsbereich hinaus, stehen im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen ihrer Mitgliedstaaten und beruhen auf dem Prinzip des Vorrangs politischer und diplomatischer Mittel bei der Konfliktlösung und -beilegung, wie das im Vertrag über kollektive Sicherheit und in der OVKS-Charta niedergelegt ist. Man sollte auch betonen, dass sich die Organisation strikt an die Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der gegenseitigen Achtung und der Gleichberechtigung hält.

Ein Zeichen für die Wirksamkeit und die Akzeptanz der von der OVKS durchgeführten Aktivitäten ist die Tatsache, dass sich verschiedene staatliche Stellen aus Ländern, die nicht Mitglieder der Organisation sind, regelmäßig an diesen Aktivitäten beteiligen. Zum Beispiel nehmen einige NATO-Mitgliedsländer an der Operation Kanal teil, die die OVKS alljährlich durchführt und die mit der Bekämpfung des Drogenhandels zu tun hat.

Ganz ohne Zweifel ist die Bewältigung von Sicherheits Herausforderungen für alle OVKS-Mitgliedstaaten und OSZE-Teilnehmerstaaten von Interesse, da im Zentrum der eigentlichen Arbeit dieser Organisationen die Bekämpfung unterschiedlichster grenzüberschreitender Bedrohungen steht. In dieser Hinsicht ist es ermutigend, dass sich zwischen der OVKS und der OSZE Beziehungen in Form einer Zusammenarbeit zwischen ihren einschlägigen Strukturen, die sich mit Terrorismusbekämpfung und dem Kampf gegen Drogen befassen, entwickeln, wie dies im Dokument des OVKS-Außenministerrats vom 14. Juni 2009 mit dem Titel „Prioritäre Bereiche für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der OVKS und der OSZE“ angekündigt wurde. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, die Arbeit im Geiste dieses Dokuments in anderen Bereichen der Zusammenarbeit, die darin festgelegt sind, fortzusetzen. Dazu gibt es reichlich Gelegenheit.

Die derzeitige weltweite Instabilität erfordert eine Bündelung der Kapazitäten von Staaten und internationalen Organisationen: politische Differenzen zwischen ihnen dürfen nicht als Rechtfertigung für die Ablehnung einer Zusammenarbeit herhalten.

Ich möchte an die an die Außenministerinnen und Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten gerichtete „offene Botschaft“ der Außenministerinnen und Außenminister der OVKS-Mitgliedstaaten über die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und Entwicklung der Zusammenarbeit erinnern, die am 22. Mai 2019 in Bischkek verabschiedet wurde. Sie wurde auch in der OSZE verteilt. Wir fordern erneut nachdrücklich, diese Gelegenheit zu nutzen, um die drängendsten Fragen von gemeinsamem Interesse zu lösen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung in das FSK-Journal des Tages.

---

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

das Thema des heutigen Sicherheitsdialogs lautet „Regionale Sicherheitsabmachungen – Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)“.

Unsere Delegation kam zu diesem Treffen in der Erwartung, ein vertieftes Verständnis für die Aktivitäten der OVKS und ihre Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen zu erlangen.

Diesbezüglich sind wir für die erhellenden Ausführungen von Generalsekretär Stanislav Zas, OSZE-Generalsekretärin Helga Maria Schmid und Irina Kovalchuk dankbar.

Wir müssen jedoch mit Bedauern feststellen, dass der armenische Podiumsteilnehmer an der heutigen Sitzung nur teilnahm, um zu provozieren.

Er erwähnte auch den Namen meines Landes.

Er betrieb die zur Genüge bekannte Kampagne Armeniens gegen die Türkei, bestehend aus Desinformation und hybriden Angriffen.

Wir weisen diese haltlosen Anschuldigungen gegen die Türkei samt und sonders zurück.

Das Verhalten des armenischen Teilnehmers an der Podiumsdiskussion ist, gelinde gesagt, unglücklich.

Damit nutzt er OSZE-Foren aus und missbraucht sie.

Er verstößt mit diesem Verhalten gegen das Gebot der Höflichkeit in der Diplomatie.

Dieses Verhalten ist der Sicherheit nicht förderlich. Es signalisiert auch keine Gesprächsbereitschaft.

Wir werden die Provokationen und Hasstiraden gegen die Türkei von Botschafter Biyagov keiner Antwort würdigen.

Dennoch hätte der Vorsitz – der im Namen der 57 Teilnehmerstaaten handelt – sich mit größerer Entschlossenheit darum bemühen sollen, hier im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) einen konstruktiven Umgang aufrechtzuerhalten.

Wir bedauern, dass der Vorsitz nicht entsprechend eingegriffen hat.

Es ist die Pflicht aller, aber in erster Linie des Vorsitzes, die Würde dieses erlauchten Forums zu wahren.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

---

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

zu Beginn möchte die Delegation Aserbaidschans diejenigen unserer Hauptrednerinnen und -redner im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) begrüßen, die sich in ihren Ausführungen an das vorgegebene Thema und die kooperativen Grundsätze des Forums gehalten haben. Wir danken ihnen für ihre informativen Vorträge.

Zu der alles andere als konstruktiven Erklärung des Ständigen Vertreters Armeniens bei der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), die vor falschen Faktendarstellungen und haltlosen Anschuldigungen gegen Aserbaidschan nur so strotzte und eher der aktuellen Position der armenischen Delegation in der OSZE als der eines Hauptredners entspricht, der mit seinem Wissen und seiner fachlichen Kompetenz die Arbeit des Forums unterstützen sollte, möchten wir Folgendes unterstreichen.

Aserbaidschan hat als blockfreier OSZE-Teilnehmerstaat die OSZE immer als einen Stützpfeiler der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur und als Hüterin der grundlegenden Prinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen betrachtet. Wir betrachten die Rolle der Organisation als unentbehrlich für die Verwirklichung der Vision eines Europas ohne Trennlinien und Einflusszonen.

Wir hatten uns stets für ein verstärktes Engagement der OSZE bei der Beseitigung der schmerzlichen Folgen des bewaffneten Konflikts eingesetzt, der uns durch die Aggression Armeniens aufgezwungen wurde und die Souveränität, territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der international anerkannten Grenzen Aserbaidschans fast drei Jahrzehnte lang unterminierte, ehe die Gegenoffensive der aserbaidschanischen Streitkräfte im letzten Jahr dem ein Ende setzte und unsere verletzte Souveränität und territoriale Integrität wiederherstellte.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die OSZE aufgrund ihres einzigartigen Konzepts der umfassenden Sicherheit und ihres breiten Teilnehmerkreises, der auch alle Mitgliedstaaten der OVKS einschließt, erhebliche komparative Vorteile bei der Schaffung einer regelbasierten internationalen Ordnung auf dem europäischen Kontinent hat. Es liegt in der kollektiven Verantwortung aller Teilnehmerstaaten, aus diesem Potenzial der

Organisation praktischen Nutzen zu ziehen, indem sie die Grundprinzipien hochhalten, auf denen sie ruht, insbesondere jene, die sich auf die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der völkerrechtlich anerkannten Grenzen der Staaten beziehen.

Der Aufbau von Sicherheit und die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten ist nur möglich, wenn diese Prinzipien, die in den grundlegenden Dokumenten der OSZE, angefangen bei der Schlussakte von Helsinki, verankert sind, bedingungslos eingehalten werden. Diese Grundprinzipien bilden die eigentliche Basis für unsere Zusammenarbeit und stehen nicht zur Neuinterpretation oder Neuverhandlung an. Sie müssen ohne jede Ausnahme gleichermaßen und vorbehaltlos gewahrt und umgesetzt werden.

Für ein blockfreies Land wie Aserbaidschan sind die Bedeutung der OSZE und die strikte Einhaltung der genannten Grundprinzipien durch ihre Teilnehmerstaaten angesichts des Umstands besonders wichtig und relevant, dass wir uns mitten in einer fortschreitenden Erosion des Multilateralismus und zunehmenden Rivalität zwischen den politisch-militärischen Blöcken befinden. Vor diesem Hintergrund muss die in den grundlegenden OSZE-Dokumenten festgeschriebene Unteilbarkeit der Sicherheit unbedingt gewahrt und in die Praxis umgesetzt werden.

Was die OVKS und die alles andere als konstruktiven Ansichten betrifft, die wir gerade vom armenischen Hauptredner gehört haben, müssen wir das Forum daran erinnern, dass der OVKS-Mitgliedstaat Armenien seit Langem schwerwiegend und fortgesetzt gegen diese Grundprinzipien verstößt. Die drei Jahrzehnte währende Besetzung der souveränen Hoheitsgebiete Aserbaidschans durch Armenien und die zahlreichen Verbrechen, die Armenien im Zuge dieser Besetzung sowie während des 44-tägigen Krieges im vergangenen Jahr begangen hat, sind ein Beispiel dafür und, wie ich glaube, allen Teilnehmerstaaten hinlänglich bekannt. Daher werde ich davon absehen, auf diese Verstöße in allen Einzelheiten einzugehen.

Im Zusammenhang mit dem Krieg des Vorjahres muss jedoch betont werden, dass Armenien wiederholt versucht hat, die OVKS in seinen Angriffskrieg gegen Aserbaidschan hineinzuziehen. Natürlich standen diese Versuche Armeniens nicht im Einklang mit den Werten und Prinzipien der OSZE und stellten einen dreisten Versuch dar, den politisch-militärischen Block zur Durchsetzung unrechtmäßiger territorialer Ansprüche und Aggressionen unter grober Verletzung der grundlegenden Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE zu missbrauchen. Glücklicherweise liefen diese Versuche ins Leere, und die OVKS ließ sich trotz der ständigen Instrumentalisierungsversuche Armeniens nicht in den Konflikt hineinziehen, der auf dem souveränen Hoheitsgebiet Aserbaidschans stattfand. Der bewaffnete Konflikt selbst kam letztes Jahr mit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020 durch die Staats- und Regierungschefs von Armenien, Aserbaidschan und der Russischen Föderation zu einem Ende, wie auch vom Generalsekretär der OVKS in dessen Hauptreferat erwähnt.

Vor diesem Hintergrund muss unbedingt sichergestellt werden, dass sich alle OVKS-Mitgliedstaaten bei ihren Aktivitäten strikt an die grundlegenden Normen und Prinzipien des Völkerrechts halten, insbesondere an jene, die sich auf die Achtung der Souveränität, der

territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der völkerrechtlich anerkannten Grenzen der Staaten beziehen.

Ein weiteres beunruhigendes Beispiel dafür, wie Armenien versucht, den politisch-militärischen Block für seine unlauteren Absichten zu missbrauchen, sind die jüngsten Bemühungen dieses Landes, die OVKS in die Vorfälle an der Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbaidschan zu verwickeln. In diesem Fall erleben wir, wie Armenien vergeblich versucht, die OVKS unter dem Vorwurf der Verletzung der „Souveränität“ und „territorialen Integrität“ Armeniens durch Aserbaidschan in die bilateralen Grenzstreitigkeiten hineinzuziehen. Das einzig Positive an diesen jüngsten Versuchen Armeniens ist vielleicht, dass dieses Land sich endlich der Sprache des Völkerrechts und der Begriffe Souveränität und territoriale Integrität zu bedienen beginnt. Die Verwicklung des politisch-militärischen Blocks in die Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden Ländern ist jedoch kontraproduktiv und geeignet, den instabilen Frieden in der Region zu untergraben, der mit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung am 10. November 2020 zustande kam.

Differenzen über den Verlauf einer Staatsgrenze sind bilateraler Natur und müssen auf friedliche Weise mit politisch-diplomatischen Mitteln beigelegt werden und nicht durch die Androhung von Gewaltanwendung – wie wir sie von hochrangigen armenischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern vernommen haben – oder durch Versuche, den politisch-militärischen Block in die Grenzfrage hineinzuziehen, was die ohnehin schon labile Situation in der Region noch verschlimmert hätte. Der Ausweg aus den gegenwärtigen Differenzen über die Grenze liegt in der Demarkation und Festlegung ihres Verlaufs, wie wir zu wiederholten Malen erklärt haben. In dieser Hinsicht begrüßen wir den Vorschlag der Russischen Föderation, eine Kommission für die Demarkation und Festlegung des Verlaufs der gesamten Staatsgrenze zwischen Armenien und Aserbaidschan einzurichten. Wir erwarten, dass Armenien im Gegenzug eine ähnlich konstruktive Haltung an den Tag legt.

Nach der Wiederherstellung seiner territorialen Integrität hat Aserbaidschan wiederholt seine Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, die Beziehungen mit Armenien auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der völkerrechtlich anerkannten Grenzen zu normalisieren.

Um auf lange Sicht Frieden und Stabilität in der Region zu schaffen, ist der Aufbau gutnachbarlicher Beziehungen als Grundlage unerlässlich. Beide Seiten haben die einmalige Chance, diese Beziehungen aufzubauen, indem sie die von ihren Staats- und Regierungschefs unterzeichneten trilateralen Erklärungen umsetzen. Wie auf höchster Ebene zum Ausdruck gebracht, ist Aserbaidschan bereit, mit Armenien einen Friedensvertrag auf Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der Souveränität und territorialen Integrität auszuarbeiten. Ein solcher Ansatz stünde natürlich im Einklang mit den grundlegenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen und würde die Sicherheit im OSZE-Raum insgesamt nur stärken.

In der relativ kurzen Zeit seit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung vom 10. November hat Aserbaidschan mehrere Schritte gesetzt, um zu zeigen, dass es wirklich die Absicht hat, die Beziehungen in der Praxis zu normalisieren. Dazu gehört der unbehinderte Verkehr auf der Straße von Goris nach Qafan, von der ein Abschnitt durch aserbaidshani-sches Hoheitsgebiet verläuft. Fast unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen öffnete die aserbaidshani-sche Seite die Verkehrsverbindungen, einschließlich der Eisenbahnen und

internationalen Flughäfen, für humanitäre Lieferungen an die armenische Bevölkerung in der ehemaligen Konfliktzone. Angesichts der Schwierigkeiten beim Betrieb der Transitpipeline durch georgisches Hoheitsgebiet hat Aserbaidschan auch seine Infrastruktur für Erdgaslieferungen aus Russland nach Armenien zur Verfügung gestellt.

Aserbaidschan erwartet von Armenien Gegenseitigkeit und den gleichen politischen Willen sowie konkrete Schritte. Bedauerlicherweise sieht es derzeit danach aus, dass Armenien sich mit einem auf Konfrontation ausgerichteten Ansatz und einem Nullsummen-Denken wohler fühlt und Friedenschancen als Herausforderungen betrachtet. Das Hauptreferat des Ständigen Vertreters Armeniens bei der OVKS ist leider bezeichnend dafür.

Abschließend möchten wir dem Ständigen Vertreter Armeniens bei der OVKS raten, auf die Einschätzung des Generalsekretärs der OVKS zu hören, der in seinem Hauptreferat die Gesamtlage in der Region nach der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung positiv bewertete. Tatsächlich hält die Waffenruhe weitgehend, und es besteht die einmalige Chance, den instabilen Frieden, der mit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung zustande kam, zu konsolidieren. Anstatt also weiterhin seine überholten Konfliktnarrative ein ums andere Mal zu wiederholen, unbegründete Anschuldigungen gegen Aserbaidschan zu erheben und destruktive Schritte zur Verschärfung der ohnehin schon heiklen Lage zu setzen, sollte Armenien die Gelegenheit nutzen, um dauerhaften Frieden und nachhaltige Sicherheit und Stabilität in der Region zu schaffen. Aserbaidschan ist sehr daran gelegen, die Versöhnung nach dem Konflikt und die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit Armenien auf den Weg zu bringen, wie wir bei zahlreichen Gelegenheiten betont haben, doch brauchen wir dafür auch guten Willen und Entgegenkommen von der armenischen Seite.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung und meiner vorhergehenden Anmerkungen zur Geschäftsordnung als Anhänge zum Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

auf der 973. Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) haben wir betont, dass der FSK-Vorsitz bei der Durchführung unserer Sitzungen und Sicherheitsdialoge eine neutrale und unparteiische Haltung einnehmen sollte. Die vom Vorsitz eingeladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Podiumsdiskussion, die einen Beitrag zu unseren Diskussionen leisten sollen, sollten sich einer auf Konfrontation ausgerichteten Wortwahl enthalten. Bedauerlicherweise sehen wir uns heute erneut gezwungen, die Ausführungen eines vom Vorsitz eingeladenen Hauptredners zu unterbrechen, da sie wieder einen Geist der Konfrontation statt konstruktiver Erörterungen in das FSK tragen, die die Arbeit unseres Forums stärken könnten.

Daher fordern wir den FSK-Vorsitz auf, eine wirklich neutrale, unparteiische und ausgewogene Haltung an den Tag zu legen und seiner Aufgabe als Vorsitz gerecht zu werden, die darin besteht, die Rolle des FSK als Plattform für einen von gegenseitigem Respekt geprägten Dialog und eine ebensolche Zusammenarbeit zu stärken, statt die Konfrontation zu fördern und Gräben zu vertiefen. Wir fordern den FSK-Vorsitz auf, die Ausführungen des Hauptredners zu unterbrechen, ihn zur Ordnung zu rufen und dazu aufzufordern, seine Ausführungen in Einklang mit den kooperativen Prinzipien und Zielen des FSK zu bringen.

Danke, Herr Vorsitzender.

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Frau Vorsitzende. diese Erklärung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Das Vereinigte Königreich ist weiterhin besorgt über die anhaltenden Spannungen aufgrund der jüngsten Verstärkung der russischen militärischen Aktivitäten an der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim. Russland hat öffentlich bestätigt, dass diese groß angelegten militärischen Aktivitäten ohne vorherige Ankündigung durchgeführt und nicht notifiziert wurden.

Auch wenn manche Teile der russischen Streitkräfte anscheinend an ihre permanenten Stützpunkte zurückgekehrt sind, sind wir etwa fünf Wochen nach der von Russland bekanntgegebenen Frist für den Abzug nach wie vor besorgt über Berichte, die darauf hindeuten, dass nach wie vor eine große Zahl von Streitkräften in der Nähe der ukrainischen Grenze und auf der rechtswidrig annektierten Krim konzentriert ist.

Wir sind nach wie vor enttäuscht, dass die Russische Föderation sich nicht konstruktiv auf die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zur Schaffung der nötigen Transparenz und zur Deeskalation der Lage eingelassen hat und dies auch weiterhin bewusst nicht tut. Dies betrifft auch die Reaktion auf die ukrainische Besorgnis betreffend den militärischen Aufwuchs an ihren Grenzen und auf der rechtswidrig annektierten Krim nach Kapitel III des Wiener Dokuments, und das trotz wiederholter Aufforderungen anderer Teilnehmerstaaten an Russland, auf diese berechnigte Besorgnis einzugehen und für Transparenz zu sorgen.

Wir müssen daher die Frage stellen: Warum verweigert sich Russland einer konstruktiven Mitarbeit im Sinne und Geist seiner Verpflichtungen als Unterzeichner des Wiener Dokuments? Seine diesbezügliche Untätigkeit trägt wenig zur Vertrauensbildung in der Region bei und schafft bewusst Ungewissheit.

Frau Vorsitzende,

das Vereinigte Königreich fordert Russland erneut auf, die verfügbaren OSZE-Prozesse und -Mechanismen zu nutzen, unter anderem durch Unterrichtungen in diesem Forum, um für die notwendige Transparenz zu sorgen, damit den begründeten Besorgnissen

von Teilnehmerstaaten Rechnung getragen ist, auch in Bezug auf den Abzug seiner Streitkräfte, und die Lage dadurch entschärft wird.

Letzte Woche haben wir auf das schreckliche menschliche Leid hingewiesen, das durch die weite Verbreitung von Minen, nicht zur Wirkung gelangten Kampfmitteln und anderen Sprengkörper in dem von Russland angezettelten und geschürten Konflikt in der Ostukraine verursacht wird. Leider liefert der wöchentliche Bericht der Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) vom 1. Juni diesbezüglich weitere Belege, wobei die Mission vier weitere zivile Opfer, darunter ein Kind, bestätigt hat, die durch Sprengkörper verletzt wurden.

Im selben Bericht bestätigt die SMM auch den Tod eines Mannes, der erschossen wurde, als er eine Stromleitung im Viertel Trudiwski in der Stadt Donezk überprüfen wollte. Dieser traurige Fall verdeutlicht, dass das Leben der Zivilbevölkerung nicht nur durch Sprengkörper, sondern auch anhaltende Verletzungen der Waffenruhe gefährdet ist. Bisher hat die SMM 2021 sechs zivile Opfer durch Kleinwaffenbeschuss und vier durch Artilleriefeuer bestätigt, zusätzlich zu den 23 Opfern durch Sprengkörper.

Dies zeigt die inakzeptable Bedrohung der Zivilbevölkerung durch die immer häufigeren Verletzungen der Waffenruhe, die wir und andere in diesem Forum festgestellt haben. Wir fordern dringend ein erneutes Bekenntnis zur Waffenruhe, damit weiteres Leid verhindert wird, und fordern Russland auf, in der Trilateralen Kontaktgruppe einen ebenso konstruktiven Ansatz an den Tag zu legen wie die Ukraine.

Die unparteiische, faktenbasierte Beobachtung durch die SMM ist entscheidend, um der internationalen Gemeinschaft einen besseren Einblick in diese besorgniserregenden Entwicklungen zu verschaffen. Dennoch sieht sich die SMM weiterhin mit Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ihrer Patrouillen konfrontiert, überwiegend in Gebieten, die von den von Russland unterstützten bewaffneten Formationen gehalten werden, sowie mit Störungen ihrer technischen Ausrüstung.

In ihrem wöchentlichen Bericht vom 1. Juni meldet die SMM außerdem, dass ihre unbemannten Luftfahrzeuge in 86 Fällen mit Signalstörungen konfrontiert waren – das ist die höchste Zahl von Fällen, die die SMM jemals in einer Woche erlebt hat. Wir verurteilen diese inakzeptable Verletzung des Mandats der SMM.

Im Zusammenhang mit der hohen Zahl an Signalstörungen, denen die SMM ausgesetzt ist, stellen wir fest, dass weiterhin EloKa-Systeme in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten gesichtet werden. Zuletzt beobachtete die SMM am 29. Mai ein EloKa-System vom Typ RB-636V Svet-KU im nicht von der Regierung kontrollierten Nowoasowsk, nahe dem nicht kontrollierten Abschnitt der russisch-ukrainischen Staatsgrenze. Trotz wiederholter Fragen, die in diesem Forum an sie gerichtet wurden, hat die russische Delegation noch keine angemessene Erklärung für die Präsenz dieses eindeutig russischen Geräts auf ukrainischem Hoheitsgebiet geliefert oder dazu, wie dieses Gerät, für das eine spezielle Ausbildung erforderlich ist, betrieben wird.

Wir fordern Russland auf, sein militärisches Personal und seine Waffen aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abziehen, seine Unterstützung für die von ihm unterhaltenen bewaffneten Truppenformationen einzustellen und den Zugangsbeschränkungen und den

Einschüchterungen Einhalt zu gebieten, denen die SMM in den Gebieten ausgesetzt ist, die von durch Russland unterstützten bewaffneten Truppenformationen kontrolliert werden.

Abschließend, Frau Vorsitzende, verurteilt das Vereinigte Königreich erneut die anhaltende Militarisierung der Krim, des Asowschen Meers und des Schwarzen Meers. Die jüngste Entsendung einer großen Zahl russischer Streitkräfte auf die rechtswidrig annektierte Krim und die anschließende groß angelegte Übung waren provozierend, aggressiv und völlig inakzeptabel. Wir bekräftigen auch unsere große Besorgnis über die Entscheidung der Russischen Föderation, vom 24. April bis Oktober Einschränkungen für bestimmte Teile des Schwarzen Meers einschließlich der Zufahrt zur Straße von Kertsch zu verhängen. Diese Aktionen sind ungerechtfertigt und destabilisierend.

Das Vereinigte Königreich unterstützt nachdrücklich die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer. Wir erkennen die rechtswidrige Annexion der Krim durch Russland nicht an und werden dies auch weiterhin nicht tun. Das Vereinigte Königreich ist stets Seite an Seite mit der Ukraine gegen alle Fälle von russischer Aggression gegen die Ukraine aufgetreten, und wir werden dies auch weiterhin tun, auch durch Sanktionen, zusammen mit unseren internationalen Partnern.

---

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

wir sind nach wie vor zutiefst beunruhigt darüber, dass Russland hinsichtlich des von ihm betriebenen nie dagewesenen militärischen Aufwuchses auf der rechtswidrig besetzten Halbinsel Krim und an der Ostgrenze der Ukraine weiterhin Fragen ausweicht, keine Transparenz herstellt und auf berechnete Besorgnisse nicht eingeht. Wir bekräftigen unsere Aufforderung an die Russische Föderation, sich konstruktiv an den Bemühungen um eine Deeskalation der Spannungen zu beteiligen, sich auf die im Wiener Dokument vorgesehenen Mechanismen zur Verminderung der Risiken einzulassen und ihre Taktik des Verleugnens und Ablenkens aufzugeben. Aggressivität, Täuschung und Undurchsichtigkeit tragen nicht dazu bei, die Besorgnisse anderer zu zerstreuen, und zeugen von einer eklatanten Missachtung unserer gemeinsamen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

Wir sind auch weiterhin zutiefst besorgt über die anhaltend hohe Zahl der Woche für Woche begangenen Verletzungen der Waffenruhe. Erneut hat die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) bei ihrer Arbeit zur Ermöglichung des Betriebs der Filterstation in Donezk Explosionen und Beschuss mit Kleinwaffen im Umkreis von fünf Kilometern um die Station beobachtet. Diese Gewaltakte stellen eine unmittelbare Bedrohung für die Versorgung von mehr als 380 000 Menschen mit sauberem Wasser dar und verschärfen die humanitäre Krise. Es werden immer noch schwere Waffen außerhalb der Rückzugslinien gesichtet, Dutzende von Panzern, Haubitzen und Granatwerfern außerhalb ihrer ausgewiesenen Lagerungsstätten beobachtet. Besorgniserregend sind auch die Berichte über Verletzungen der Waffenruhe innerhalb der Entflechtungsgebiete Solote und Petriwske und in deren Nähe.

Russland muss die bewaffneten Formationen, die es mit Nachschub versorgt, die unter seiner Führung stehen und mit denen es gemeinsam kämpft, anweisen, ihre provozierenden Handlungen wie etwa den jüngsten Ausbau der Schützengräben an der Kontaktlinie einzustellen. Einige dieser Schützengräben sind jetzt kaum 200 Meter von ukrainischen Stellungen entfernt; eine so große Nähe erhöht eindeutig das Risiko schwerer Zwischenfälle.

Für die Zivilbevölkerung in der Ostukraine bleibt das Leben sehr schwierig. Obwohl die ukrainische Regierung nun schon seit Monaten die Einreise-/Ausreisekontrollposten bei Solote und Schtschastia betreibt, bleiben die entsprechenden Kontrollposten der bewaffneten

Formationen geschlossen, was die Überquerung der Kontaktlinie unnötig erschwert. Die Minen fordern weiterhin einen schrecklichen Blutzoll. Am 7. April trat ein Mann in Schowte in Luhansk auf ein Objekt, das explodierte – er verlor sein linkes Bein. Und am 1. Mai wurden ein Mann und eine Frau verletzt, als sie in der Nähe von Horliwka (Donezk) auf Sprengkörper traten; beide erlitten Verletzungen, die zu Amputationen führten.

Herr Vorsitzender,

die SMM muss sicheren und ungehinderten Zugang in der gesamten Ukraine erhalten, um ihr Mandat erfüllen zu können. Die ständigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Mission, fast immer in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten, müssen aufhören. Die Versuche, die technischen Mittel der SMM unbrauchbar zu machen, zielen eindeutig darauf ab, verwerfliche Aktivitäten vor Ort zu verschleiern, und müssen ein Ende haben; die Beeinträchtigungen der SMM und Manipulationen ihrer Ausrüstung sind absolut inakzeptabel und müssen sofort aufhören. Die unbemannten Luftfahrzeuge (UAV) der SMM wurden in der vergangenen Woche in 27 Fällen durch Störungen behindert, das ist mehr als die Hälfte aller UAV-Einsätze. Es ist mittlerweile schon trauriger Alltag: Erneut waren die UAV der SMM regelmäßig gezielten GPS-Signalstörungen ausgesetzt, und am 31. Mai kam es durch Kontrollverlust aufgrund von Signalstörungen zum Ausfall einer weiteren Minidrohne. Die unaufrichtigen Aufforderungen Russlands an die SMM, die Bemühungen zur Ortung ukrainischer EloKa-Systeme zu intensivieren, sind nur eine weitere Facette einer unaufhörlichen Desinformationskampagne.

Es besteht kein Zweifel, woher die auf die SMM abzielenden Störungen stammen. Wir fordern Russland erneut auf, die Präsenz seines modernen EloKa-Systems Schitel in der Ostukraine zu erklären, ebenso wie die Präsenz des Systems RB-636V Svet-KU, das erneut am 29. Mai in der Nähe von Nowoasowsk in einem nicht von der Regierung kontrollierten Gebiet fotografiert wurde. Es ist auch erwähnenswert, dass unsere Fragen bezüglich der Präsenz von russischen gepanzerten Fahrzeugen vom Typ UAZ Usaul in dem nicht von der Regierung kontrollierten Gebiet bisher unbeantwortet geblieben sind. Wir haben diese Fragen schon vor einigen Wochen gestellt, und die Beweise sind unwiderlegbar. Ein Bild sagt in der Tat mehr als tausend Worte. Wir fordern die Russische Föderation erneut auf, die Präsenz ihrer hochentwickelten militärischen Ausrüstung in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten des Donbass zu erklären.

Herr Vorsitzender,

die Krim und die Stadt Sewastopol sind völkerrechtlich nach wie vor Teil der Ukraine. Wir verurteilen die eklatante Verletzung der ukrainischen Souveränität durch Russland und bedauern die Auswirkungen des Konflikts auf die Bevölkerung in der Ostukraine und auf der Krim sowie auf die allgemeine Sicherheitslage in der ganzen Schwarzmeerregion.

Besonders besorgt sind wir nach wie vor über die von Russland für einen Zeitraum von sechs Monaten verhängten Einschränkungen der freien Schifffahrt in einigen Teilen des Schwarzen Meeres, insbesondere bei der Zufahrt zur Straße von Kertsch. Durch diese Restriktionen wird die faktische Blockade der ukrainischen Häfen am Asowschen Meer fortgesetzt und die wirtschaftliche Notlage der Menschen in der Ostukraine weiter verschlimmert; sie sind eine bewusste Provokation und höchst destabilisierend.

Kanada hält unerschütterlich an seiner Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer völkerrechtlich anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Schifffahrtsrechte in ihren Hoheitsgewässern fest. Wir werden weiterhin Druck ausüben, auch durch anhaltende Sanktionen, bis die Russische Föderation ihre Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen vollständig erfüllt, einschließlich des Abzugs aller bewaffneten Truppenteile, sämtlicher militärischer Ausrüstung und aller Söldnerinnen und Söldner aus der Ukraine sowie der Rückgabe der vollen Kontrolle über die Grenze an die ukrainische Regierung.

Vielen Dank.

---

**979. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 985, Punkt 3 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SERBIENS**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Ihnen mitteilen, dass die Republik Serbien im Zeitraum vom 17. bis 27. Juni auf den Truppenübungsplätzen Pasuljanske Livade, Orešac, Borovec und Međa sowie auf den temporären Übungsplätzen Pešter und Titel und in der Banater Sandwüste die nationale TSK-übergreifende Übung im scharfen Schuss „Momentary Response 2021“ abhalten wird.

Die Republik Serbien hat die Übung in ihrer gestern übermittelten Notifikation CBM/RS/21/0004/F25/O angekündigt.

Der allgemeine Zweck der Übung ist es, die Entschlossenheit, Kompetenz und Feuerkraft und das hohe Maß an Synergie und Zusammenarbeit der Truppenteile der serbischen Streitkräfte bei der Reaktion auf Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen für die Sicherheit der Republik Serbien unter Beweis zu stellen.

Die taktischen Ziele der Übung bestehen darin, Truppenteile der serbischen Streitkräfte in der Durchführung von taktischen Aktivitäten und Verfahren während Kampfhandlungen und in der erfolgreichen Durchführung von Schießaufgaben in unterschiedlichem Gelände und unter verschiedenen Wetterbedingungen zu schulen sowie die Synergien zwischen den Truppenteilen der serbischen Streitkräfte zu verbessern.

Für die Durchführung der Übung verantwortlich ist das Heeresoberkommando der serbischen Streitkräfte.

An der Übung sollen alle Komponenten des Heeres, der Luftwaffe und der Luftverteidigung sowie die Spezialkräfte der serbischen Streitkräfte teilnehmen.

Diese Ankündigung der bevorstehenden Aktivität der serbischen Streitkräfte ist zwar nach den Bestimmungen des Wiener Dokuments 2011 nicht verpflichtend, aber Ausdruck des

guten Willens und der Unterstützung seitens der Republik Serbien für den Aufbau von Vertrauen und Sicherheit sowohl in der Region als auch im OSZE-Raum.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.